

EINSETZUNG EINER ENQUETE-KOMMISSION „PANDEMIE“

Positionspapier der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Die Corona-Pandemie hat die Gesundheitssysteme, aber auch viele andere Politikfelder neben der Gesundheitspolitik in Deutschland, Europa und weltweit unvorbereitet getroffen und auf die Probe gestellt. Dabei wurden Defizite und eine fehlende Resilienz in pandemischen Krisenzeiten deutlich. Zu starr, zu abhängig, zu analog, zu intransparent und zu unübersichtlich wurde versucht, die Herausforderungen der Pandemie zu bewältigen. Dies hat nicht nur unser Gesundheitssystem an die Grenzen der Belastbarkeit und darüber hinausgeführt, sondern auch unser Bildungs-, Wirtschafts-, Demokratie- und Gesellschaftsgefüge erheblich in Mitleidenschaft gezogen.

Nach und nach bekommen wir ein umfassenderes Bild über die während der Corona-Pandemie getroffenen Entscheidungen und ihre Auswirkungen auf unsere Gesellschaft – viele davon dürfen sich nicht wiederholen. Denn die während der Corona-Pandemie getroffenen Schutzmaßnahmen gingen doch mit sehr weitreichenden Grundrechtseingriffen einher, die es in dieser Form, insbesondere hinsichtlich Dauer, Breitenwirkung und Tiefe, in der Bundesrepublik noch nicht gegeben hat. Hierzu zählen Besuchsverbote, einsames Sterben in Einrichtungen, die Schließung von Kitas und (Hoch-)Schulen, die weitgehende Stilllegung des kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens bis hin zu Ausgangssperren. Diese Maßnahmen müssen auf ihre Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit hin retrospektiv betrachtet und bewertet werden.

Dies gilt gleichermaßen für das Management der Beschaffung und Lagerung von Masken, Tests und Schutzkleidung, das nicht nur auf seine bevölkerungsbezogene Effektivität, Praktikabilität und Wirtschaftlichkeit, sondern auch auf die Ordnungsgemäßheit der Auftragsvergabe hin überprüft werden muss.

Der Schritt der Aufarbeitung ist notwendig und folgerichtig, um aus den Geschehnissen, Erfahrungen und Entscheidungen der vergangenen drei Jahre zu lernen und in der unausweichlichen nächsten Krisensituation besser vorbereitet zu sein. Können wir erneut nur auf Sicht fahren, wird sich die Verunsicherung vergrößern und die Spaltung der Gesellschaft vertiefen. Im schlimmsten Fall wird nicht nur die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger in Gefahr sein, sondern auch unsere freiheitliche Grundordnung als solche.

Die nächste Krise souverän bewältigen zu können, liegt in unserer Hand. Im Zentrum unserer Bestrebungen muss daher der Erkenntnisgewinn stehen, um zukünftig nicht nur vorausschauender, sondern auch grundrechtsschonend handeln zu können.

Deshalb fordert die FDP-Bundestagsfraktion dringend die Einsetzung einer Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag, die sachlich und wissenschaftlich fundiert die unterschiedlichen Phasen und Maßnahmen der Corona-Politik der vergangenen drei Jahre im Hinblick auf Zielsetzung, Zielerreichung und Folgen analysiert und aufbereitet. Eine solche unabhängige und umfassende gemeinsame und interdisziplinäre Aufarbeitung der nationalen Pandemiemaßnahmen ist dringendst erforderlich, um die nationale Vorbereitung für und Reaktion auf künftige vergleichbare Notsituationen zu verbessern. Dies sind wir unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig, denen in den letzten Jahren viel abverlangt wurde.

Die Enquete-Kommission soll sich unverzüglich konstituieren und spätestens im Herbst 2024 ihre Ergebnisse und Handlungsempfehlungen vorlegen. Es ist unsere Verantwortung und Aufgabe, diese Pandemiezeit konstruktiv kritisch mit einer Enquete-Kommission „Pandemie“ aufzuarbeiten.

Die Enquete-Kommission soll dabei folgenden Grundsätzen und Zielsetzungen folgen:

- Formuliertes Ziel der Kommission ist es, die durch die Corona-Pandemie aufgedeckten Mängel in der Krisenfähigkeit unseres Bildungs-, Sozial-, Wirtschafts- und Gesundheitssystems sowie des gewaltengegliederten Verfassungsstaates im Sinne der Resilienzverbesserung umfassend zu identifizieren und aufzuarbeiten.
- In sachlich-wissenschaftlicher Auseinandersetzung sollen die Folgen und Ergebnisse der in der Pandemie getroffenen Entscheidungen und Maßnahmen analysiert und bewertet werden.
- Auch die Entscheidungsprozesse selbst bedürfen einer eingehenden Analyse, insbesondere mit Blick darauf, wie die Beteiligung des Parlaments bzw. der Parlamente sichergestellt und wie Entscheidungen nachvollziehbar und evidenzbasiert getroffen werden können, auch wenn zügiges Handeln geboten erscheint.
- Bei der Implementierung von Maßnahmen wurden mögliche Langzeitauswirkungen kaum bedacht. Dies betrifft insbesondere die psychische Gesundheit und die Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche sowie soziale und wirtschaftliche Folgen.
- Die Einschätzung und Indikation von sachlich korrekten und sachlich falschen politischen Entscheidungen dienen ausschließlich der Verbesserung der Resilienz unseres Gesundheitssystems, des gewaltengegliederten Verfassungsstaates und unserer Gesellschaft im Zuge der Bewältigung zukünftiger vergleichbarer Krisen. Die Enquete-Kommission darf nicht als verdeckter Untersuchungsausschuss genutzt werden – ohne dass dadurch ein Präjudiz für die

Notwendigkeit von Untersuchungsausschüssen für bestimmte Fragen im Zusammenhang mit der Pandemie entsteht. Zudem soll klargestellt werden, dass strafrechtlich relevante Maßnahmen weiterhin strafrechtlich zu verfolgen sind, jedoch nicht Gegenstand der Arbeit der Enquete-Kommission darstellen.